

„Mit Freuden hindurch“

– Felicitas Zeller, die erste Frau im Backnanger Gemeinderat

Von Stephanie Eble

Getreu dem Zellerschen Familienmotto, „Mit Freuden hindurch!“¹, hat Felicitas Zeller, die erste Backnanger Gemeinderätin, ihr Leben als Ehepartnerin, Mutter von sieben Kindern, berufstätige wie auch sozial engagierte Frau und Lokalpolitikerin gemeistert. 1919 wurde Felicitas Zeller für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) in den Backnanger Gemeinderat gewählt, dem sie bis Ende 1922 angehörte.²

Die Gemeinderatswahlen von 1919 waren in zweifacher Hinsicht etwas Besonderes: es waren nicht nur die ersten demokratischen Kommunalwahlen nach dem Zusammenbruch der Monarchie 1918, sondern vor allem auch die ersten, an denen Frauen teilnehmen durf-

ten. Denn erst im Laufe der politischen Umwälzungen nach dem Ersten Weltkrieg – der deutsche Kaiser dankte ab, der württembergische König ebenso, Deutschland wurde eine demokratische Republik – war den Frauen das Wahlrecht zugestanden worden: am 12. November 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht erlassen.³ Aus diesem Erlaß wurde dann der Artikel 109 der 1919 verabschiedeten Weimarer Reichsverfassung, der Frauen und Männern *grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten* zugestand.⁴

Aber diesem fast beiläufigen Akt, der den Frauen in Deutschland das Wahlrecht gebracht

Für ihre Hilfe und Unterstützung möchte ich mich herzlich bei den Herren Dr. Fritz vom Stadtarchiv Backnang, Dr. Martin Zeller vom Archiv der Werner-Zeller-Stiftung, Dr. Herbert Leube und Dr. Karlmann Maier bedanken sowie bei allen Mitarbeiter/innen der Archive.

¹ Martha Leube; Emma Zeller; Otto Zeller: Das Backnanger Doktorhaus und die darin gingen ein und aus. Backnang 1984 (maschinenschriftlich/unveröffentlicht), S. 24 (im folgenden als „Familienchronik“ zitiert); Nachlaß/Stiftung Dr. Karlmann Maier, Stadtarchiv Backnang (StA). Siehe auch Anm. 16.

² Kurz etwas zur Literatur- und Forschungslage zum Thema „Frauen in der Kommunalpolitik“: dazu gibt es bisher keine Monographie, weder zu der Zeit der Weimarer Republik, noch lokal begrenzt für Württemberg, d.h. dieser Bereich stellt nach wie vor ein großes Desiderat in der Geschichtsforschung dar. Am Anfang der Frauengeschichtsforschung Anfang der 1970er/80er Jahre stand zunächst die Suche nach den Wurzeln, also nach der Geschichte der Frauenbewegung. So wandte man über lange Zeit den Blick vor allem den führenden Frauen der Frauenbewegung und den Politikerinnen auf Reichs- und Landesebene zu, also z. B. Louise Otto-Peters, Clara Zetkin oder Rosa Luxemburg. So ist das Thema „Frauen in der Kommunalpolitik“ bis heute bestenfalls Gegenstand einzelner Kapitel [z. B. in einem Beitrag von Gabriela Ulitsch in: Filderfrauen. Im Blick: Alltag auf den Fildern – Erste Spuren einer ländlichen Frauengeschichte. 1. Bd. Hrsg. v. Stadt Filderstadt, Frauenbüro-Frauenreferat, Frauenreferentin. Filderstadt 1993, S. 41-58. Der Aufsatz beschäftigt sich allerdings mit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Konventionelle Stadtgeschichten – vor allem ältere – ignorieren das Thema Kommunalpolitikerinnen mit wenigen Ausnahmen völlig.] und wird ansonsten in Form von Portraits von einzelnen Gemeinderätinnen in Frauenstadtschichten behandelt. Besonders seit sich die lokale Frauengeschichtsforschung stark im Aufwind befindet – viele Städte bieten frauenspezifische Führungen an und es erscheinen immer mehr frauenzentrierte Orts- und Stadtgeschichten [so z. B. in Esslingen (Beate Szerelmy: „Frauenart sei: Helfen wollen“ – Frauenleben in Esslingen zu Beginn des Jahrhunderts. Hrsg. v. Stadt Esslingen und Frauenbeauftragte. Esslingen 1992), Filderstadt (Filderfrauen 1993), Karlsruhe (Susanne Asche; u. a.: Karlsruher Frauen 1715-1945 – Eine Stadtgeschichte. Karlsruhe 1992), Leonberg (Nonne, Magd oder Ratsfrau. Frauenleben in Leonberg 1715-1945 – Eine Stadtgeschichte. Leonberg 1998), Mannheim (ZeitenWandel – Frauengenerationen in der Geschichte Mannheims. Hrsg. v. den Frauenbeauftragten der Stadt Mannheim Ilse Thomas u. Silvia Schraut. Mannheim 1995) und Stuttgart (Maja Riepl-Schmidt: Wider das verkochte und verbügelte Leben – Frauenemanzipation in Stuttgart seit 1800. Stuttgart 1990) – ändert sich die Perspektive: Neben den berühmten Frauen rücken jetzt auch die zahllosen unbekannteren Frauen in den Vordergrund, die bisher unsichtbar geblieben sind. Aber eine umfassende Geschichte kommunaler Frauenpolitik, die auch die Frage nach politischen Handlungsspielräumen beantwortet, muß erst noch geschrieben werden.

³ Zum internationalen Vergleich: in Finnland dürfen Frauen das volle Wahlrecht seit 1905 ausüben, in Norwegen seit 1907, in Dänemark seit 1915, in Großbritannien seit 1928, in Frankreich seit 1944 und in der Schweiz seit 1971 (in manchen Kantonen sogar erst seit 1991); vgl. Ina Hochreuther: Frauen im Parlament – Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919. Hrsg. v. Landtag Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart 1992, S. 5; sowie R. Hartwig: Wie die Frauen im Deutschen Reich von ihrem politischen Wahlrecht Gebrauch machen. In: Allgemeines Statistisches Archiv. Bd. 17. 1928, S. 497.

⁴ Es muß betont werden, daß dieser Artikel den Frauen nur die gleichen staatsbürgerlichen Rechte zugestand; privatrechtlich erfolgte die Gleichstellung in der BRD erst 1949 mit dem Grundgesetz.

hatte, war ein langer Kampf der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung vorausgegangen.⁵

Die bürgerliche Frauenbewegung, die in den 1860er Jahren mit der Aufhebung des Vereinsverbotes ihren Anfang nahm,⁶ war in hohem Maße eine Frauenbildungs- und Frauenberufsbewegung, die sich für das Recht der Frau auf erwerbstätige, standesgemäße Arbeit einsetzte und sich gegen die Rolle der Frau als bloßes Aushängeschild des Mannes wehrte.

Das Frauenwahlrecht wurde mit unterschiedlicher Vehemenz von den Frauenvereinen verschiedenster Prägung vertreten: der Allgemeine Deutsche Frauenverein (ADF; gegründet 1865) und der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF; gegründet 1894) plädierten nur sehr zögerlich und spät für das volle politische Frauenwahlrecht und konzentrierten sich zunächst auf die Forderung nach der Einführung des kommunalen Wahlrechts.⁷ Noch bis 1918 blieb das Frauenwahlrecht innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung umstritten.

So war es vor allem die sozialistische Frauenbewegung, die sich am stärksten und nachhaltigsten für das politische Wahlrecht einsetzte. Clara Zetkin, eine der herausragendsten Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung und Herausgeberin der Zeitschrift 'Die Gleichheit', trat 1896 auf dem Parteitag der SPD in Gotha für mehr Rechte für Frauen ein. Aber auch ihr männlicher Parteigenosse August Bebel plädierte schon 1875 für das „Heraustreten der Frau aus dem engen Kreis

der Häuslichkeit und ihre volle Teilnahme an dem öffentlichen Leben“.⁸ Bebels Forderung nach gleichen Rechten für die Frau traf zu diesem Zeitpunkt zwar selbst bei den Sozialdemokraten nicht auf ungeteilte Zustimmung, rückte aber das Thema stärker in den Vordergrund und in das Bewußtsein seiner Parteigenossen. 1895 brachte die SPD dann den ersten Gesetzesantrag im Reichstag auf Verleihung des Wahlrechts für Frauen ein, der von allen anderen Parteien abgelehnt wurde. Bis 1918 blieb die SPD reichsweit die einzige Partei, die sich vorbehaltlos für das Frauenwahlrecht einsetzte.

Vor allem durch den Ersten Weltkrieg, der den Frauen selbst bewies, daß sie bis dahin Männern vorbehaltene Arbeit verrichten konnten, nahmen die Aktivitäten der Frauenvereine zu und damit auch der Druck auf die Reichs- und Landesregierungen.

Auf das allgemeine Wahlrecht 1918 folgte in den nächsten Jahren ein weiblicher Mitgliederboom in Parteien und Gewerkschaften. Die Parteien füllten ihre Kandidatenlisten eifrig mit Frauen, um das neue Wählerinnenpotential für sich zu gewinnen. So kann man für die ersten Jahre der Weimarer Republik von einer – wenn auch kurzen – Hochphase der Frauen in der Politik sprechen. Eine große Anzahl von Frauen kandidierte bei Wahlen und viele schafften den Sprung in kommunale Parlamente, Landtage oder sogar den Reichstag.⁹

Mit der zunehmenden Integration von Frauen in den Parteien sanken die Mitgliederzahlen

⁵ Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung und der Kampf für das Frauenwahlrecht können hier nicht ausführlich dargestellt werden; vgl. dazu Richard J. Evans: *The Feminist Movement in Germany 1894-1933*. London 1976; Sabine Richebächer: *Uns fehlt nur eine Kleinigkeit – Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890-1914*. Frankfurt 1982; Barbara Grevén-Aschoff: *Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894-1933*. Göttingen 1981; Ute Frevert: *Frauen-Geschichte – Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit*. Frankfurt/M. 1986; Ute Gerhard: *Unerhört – Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*. Hamburg 1990; sowie Florence Hervé: *Geschichte der deutschen Frauenbewegung*. Köln 1982.

⁶ In Preußen erfolgte die Aufhebung des Vereinsverbotes erst 1908. Bis dahin war „Frauenspersonen“ nach § 8 des Preußischen Vereinsgesetzes die Mitgliedschaft in Parteien oder die Teilnahme an politischen Versammlungen nicht erlaubt; vgl. Richebächer (wie Anm. 5), S. 299.

⁷ Die Verfechter/innen des kommunalen Frauenwahlrechts führten als Hauptargumente die Zunahme der Zahl erwerbstätiger Frauen (Anstieg zwischen 1882 und 1907 von 24% auf 30,4%; der Anteil der erwerbstätigen Männer in der männlichen Bevölkerung blieb mit ca. 61% im gleichen Zeitraum fast gleich; vgl. Gertraud Wolf: *Der Frauenerwerb in den Hauptkulturstaaen*. München 1916, o.S.) und vor allem den hohen Frauenanteil an der ehrenamtlichen kommunal-sozialen Arbeit an; nach den Ergebnissen einer Umfrage der 'Zentralstelle für Gemeindeämter der Frau' in allen deutschen Stadt- und Landgemeinden mit mehr als 6.000 Einwohnern betrug der Anteil der Frauen an der ehrenamtlichen kommunalen Wohlfahrtspflege über 94%; vgl. Jenny Apolant: *Das kommunale Wahlrecht der Frauen in den deutschen Bundesstaaten*. Leipzig/Berlin 1918, S. 152.

⁸ August Bebel: *Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*. Zürich 1883, o. S.

⁹ Bei der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 machten über 90% der Frauen von ihrem neugewonnenen Wahlrecht Gebrauch und es saßen schließlich 41 weibliche Abgeordnete in der Nationalversammlung, was einem Anteil von 9,6% entsprach (ein derartiger Frauenanteil wurde in einem deutschen Parlament erst wieder in den 1980er Jahren erreicht). 1920 sank der Anteil der weiblichen Abgeordneten bei der Wahl zum ersten Reichstag auch schon wieder auf 8%; vgl. Gabriele Bremme: *Die politische Rolle der Frau in Deutschland*. Göttingen 1956, S. 124.

der Frauenvereine. Durch die Spaltung der Sozialdemokratie – die Gegner des Burgfriedens hatten nach ihrem Ausschluß aus der SPD im Januar 1917 die USPD gegründet – wurde auch die proletarische Frauenbewegung gespalten und weiter geschwächt. Hinzu kam, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung es nach 1919 versäumte, sich weiter zu entwickeln und man sich mit dem Wahlrecht der Illusion der Gleichberechtigung der Frau hingab. So erfuhr die sozialdemokratische Frauenbewegung bereits zwischen 1919 und 1923 ihren Niedergang. Das Ende der bürgerlichen Frauenbewegung wurde durch die Auflösung des BDF im Zuge der Gleichschaltung im Mai 1933 markiert. So kam 1933 flügel- und parteienübergreifend die gesamte Frauenbewegung zu einem Stillstand.

Frau und Politik – Vorstellungen

Wie immer man die Einführung des Frauenwahlrechts heute beurteilen mag – ob es auf den Kampf der Frauenbewegung zurückzuführen oder letztlich ein Zugeständnis der Männer war –, unbestritten ist, daß es relativ überraschend kam und alle Beteiligten überrollte.

Noch im Oktober 1918 hatten sich im Reichstag alle Parteien rechts von der SPD gegen das Frauenstimmrecht ausgesprochen.¹⁰ An dieser völlig fehlenden Bereitschaft der Männer, Frauen in die Politik aufzunehmen, sowie an der mangelnden Bereitwilligkeit der Frauen selbst, sich politisch zu betätigen, hatte sich auch einen Monat später nichts geändert, als im November 1918 das allgemeine Wahlrecht erlassen wurde. Das Frauenwahlrecht fiel also auf einen alles andere als fruchtbaren Boden. Daß dem so war, hat seine Ursache vor allem in der Herausbildung und Etablierung der Geschlechterpolarität als gesellschaftlicher Konsens seit dem 19. Jahrhundert. Dieses Konzept ging von dem Gedanken einer naturgegebenen Wesensverschiedenheit von Mann und Frau aus. Danach galt der Mann als der aktive Verstandesmensch, die Frau als passiver Gefühlsmensch. Abgeleitet davon wurden die Räume der beiden Geschlechter klar gegenein-

ander abgegrenzt in 'öffentlich' und 'privat': der Mann herrschte und agierte nach außen, das heißt im Beruf und in der Politik, die Frau nach innen in der 'Keimzelle Familie'. Die Frau war ganz klar auf ihre dreifache Bestimmung als Mutter, Hausfrau und Gattin festgelegt; in der harten Männerwelt der Politik hatte sie nichts verloren.

Die naturgegebene Wesensunterscheidung von Mann und Frau wurde weder von der gemäßigten bürgerlichen noch von der sozialistischen Frauenbewegung in Frage gestellt. Und so blieb in den Forderungen nach dem Frauenstimmrecht das Aufgabenfeld der Frauen in der Politik immer auf die Gebiete beschränkt, die allein die Angelegenheiten des spezifisch weiblichen Lebenskreises berührten, sprich Frauenarbeit, Wohnungswesen, Kinder-, Ernährungs-, Kranken- und Gesundheitsfürsorge, Erziehungs- und Schulwesen sowie vor allem die Wohlfahrtspflege.¹¹

So wenig eine politisch engagierte Frau also zwar allgemein anerkannt war, solange sie sich auf diese rein spezifisch weiblichen Gebiete beschränkte, lief sie – vor allem auf kommunaler Ebene – keineswegs Gefahr, sich ins gesellschaftliche Abseits zu katapultieren. Das hat damit zu tun, daß dieses Engagement eher in die Kategorie ‚Wohlfahrtsarbeit‘ eingeordnet wurde, dem klassischen ehrenamtlichen Betätigungsfeld von Frauen, als unter ‚Politik‘. So konnte eine kommunalpolitisch aktive Frau durchaus allgemeine Achtung und Anerkennung erhalten.

Aber es gehörte immer noch viel Mut dazu, sich als Frau 1919 für ein politisches Engagement zu entscheiden. Es galt, diverse Hindernisse, Berührungängste mit der Politik sowie Vorurteile zu überwinden (gemäß dem Pauluszitat hatte die Frau nicht nur in der Kirche, sondern auch im Parlament und im Rathaus zu schweigen). Aus eigenem Antrieb konnte eine Frau kaum auf einen Listenplatz schaffen, was vor allem eine strukturelle Ursache hatte: die gesamte Frauenbewegung hatte sich in (groß-)städtischen Räumen abgespielt und demnach vorrangig dort ausgewirkt. In ländlichen Gebieten waren die Strukturen völlig

¹⁰ Vgl. ebd., S. 121.

¹¹ Vgl. z. B. das Kommunalpolitische Programm des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins. In: Die Frau – Monatsschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit. Hrsg. v. Gertrud Bäumer und Helene Lange. 27. Jg. 1919/1920, S. 83-87. Hier zeigt sich eindeutig, daß Frauenprobleme generell nicht von sozialen Problemen zu trennen sind – bis heute nicht.

anders, als Frauen 1919 erstmals wählen durften: es gab kaum Frauenvereine und wenige Frauen, die auf ihre politische Präsenz pochten.¹² Das erklärt sicher, warum Frauen gerade in den meisten ländlichen Gemeinden erst nach dem Zweiten Weltkrieg Eingang in den Gemeinderat fanden.

Bei den Listenaufstellungen spielte auch eine große Rolle, daß diese in erster Linie nicht nach den Fähigkeiten einer Kandidatin oder eines Kandidaten erfolgten, sondern in erster Linie nach Standesdünkel, das heißt je nach Interessen wurden gezielt Unternehmer, Arbeiter, Handwerker, Beamte etc. nominiert. Frauen, die ja weder einen Stand noch eine einheitliche Masse mit identischen Interessen bildeten, blieben durch ihre mangelnde wirtschaftliche Macht und fehlende berufliche Gebundenheit außerhalb der Interessengruppen. So stellte man eine Frau nicht als Vertreterin eines Berufsstandes oder Stadtteils auf, sondern in der Regel immer als Frau, als Vertreterin ihres Geschlechts.

Hatte es eine Frau schließlich auf einen Listenplatz geschafft, stand ihrer Wahl eine weitere Hürde im Weg, und zwar in Form des kommunalen Wahlsystems in Württemberg.¹³ Dieses sieht bis auf den heutigen Tag die Möglichkeit des Kumulierens (Stimmenhäufen) und Panaschierens (Listenwechsel) vor, weshalb der Bekanntheitsgrad eine große Rolle spielt. Und in diesem Punkt waren Frauen den Männern gegenüber, die ja die öffentlichen Räume besetzten, ganz klar im Nachteil. So verwundert es auch nicht, daß Frauen in der Regel über ihre ehrenamtliche Wohlfahrtsarbeit in die Politik kamen – andere öffentliche Räume standen ihnen nicht offen.

Darüberhinaus bot das Wahlsystem einerseits zwar die Möglichkeit, Kandidatinnen und Kandidaten von hinteren Listenplätzen nach ganz vorne zu wählen, andererseits natürlich

aber auch, diese herauszustreichen und damit ganz nach hinten zu wählen. Dies hat sich sehr zum Nachteil der Frauen ausgewirkt, da sie durch die allgemeine Skepsis relativ häufiger als Männer von den Wahlzetteln gestrichen wurden.¹⁴

Die große Mehrheit der neugewählten Gemeinderätinnen stand den neuen Anforderungen und Erwartungen alleine gegenüber. Neben kleineren Schwierigkeiten, wie z. B. dem Fehlen eines klaren Leitbilds für politisch tätige Frauen oder mangelnder Anerkennung bei männlichen Kollegen, ergaben sich die meisten Probleme vor allem aus dem weiblichen Lebenszusammenhang. Durch die Doppelbelastung durch Erwerbs- und Hausarbeit fehlte vielen Frauen für die Mitarbeit in der Politik schlicht und ergreifend eines: Zeit. Doch um die Lösung dieses strukturellen Problems war kaum jemand ernsthaft bemüht, da das Frauenwahlrecht ja keine breite Akzeptanz in der Bevölkerung genoß, weder bei Männern noch bei Frauen.

So unterliefen der vorherrschende Patriarchalismus und die weiterhin bestehende Mehrfachbelastung der Frauen von vorneherein die formale Möglichkeit, aktiv Politik zu treiben und gestaltend einzugreifen. Dieses strukturelle Problem hat – zusammengenommen mit all den anderen Widrigkeiten – dazu beigetragen, daß sehr viele Frauen in den frühen 1920er Jahren wieder aus Gemeinderäten, Reichs- und Landtagen verschwanden, nicht nur, weil sie nicht wiedergewählt wurden, sondern, weil viele von ihnen einfach nicht mehr kandidierten.

Eine dieser Frauen, die 1919 trotz alledem den Mut und die Energie hatte, für ein politisches Amt zu kandidieren, war Felicitas Zeller, die damit zu den bisher unbeachteten Pionierinnen der württembergischen Frauengeschichte gehört.¹⁵

¹² So wird zum Beispiel aus Filderstadt-Bernhausen berichtet, daß Frauen bei der Bürgermeisterwahl 1919 einfach nicht wählen durften; vgl. Ulitsch (wie Anm. 1), S. 42.

¹³ Zum württembergischen kommunalen Wahlsystem siehe auch Anm. 35.

¹⁴ Z. B. wurde in Riga festgestellt, daß Frauen bei Kommunalwahlen deutlich (viermal) mehr von den Listen gestrichen wurden als Männer, wodurch die Kandidatinnen der SPD auf die allerletzten Plätze rutschten; vgl. R. Hartwig: Das Frauenwahlrecht in der Statistik. In: Allgemeines Statistisches Archiv. Bd. 21, 1931, S.172.

¹⁵ Felicitas Zeller war 1919 eine von 55 Frauen in Württemberg, die (in 45 Gemeinden) in ein kommunales Parlament gewählt wurden; prozentual ausgedrückt bedeutet das, daß nur in 2,3% aller württembergischen Gemeinden Frauen gewählt wurden; Der Postillon/Marbach (29. 3. 1920). Bisher ist diesen Vorreiterinnen der Kommunalpolitik nur wenig Aufmerksamkeit zugekommen; siehe auch Anm. 2.

Die Frau Felicitas Zeller

Antonie Felicitas Zeller,¹⁶ geborene Werner, kam am 27. November 1867 in Ingelfingen bei Künzelsau zur Welt. Sie war die zweitälteste von fünf Töchtern des evangelischen Arztes Dr. Hermann Werner und seiner Frau Emma, einer geborenen von Schlümbach. Ihren Rufnamen verdankte Antonie Felicitas ihrer Großmutter und Taufpatin Felicitas von Scheidlin. 1869 zog die Familie Werner nach Markgröningen, wo Felicitas aufwuchs. Die junge Felice – wie sie genannt wurde – wird als braves Kind geschildert, das ehrfürchtig zu seinen Eltern aufsaß und sich mit Lernen nicht schwer tat. Sie war wohl auch *Entgegen ihrer späteren Art [...] als Kind ein rechtes Schwatzbäsle*¹⁷ – was den Rückschluß zuläßt, daß sie später ein eher zurückhaltendes und ruhiges Wesen hatte.

Felicitas Werner besuchte als Gastschülerin einige Jahre das Markgröninger Lehrerinnenseminar, wo sie sich durch fleißiges Lernen auszeichnete. Bald konnte sie *ihrem Vater in der Sprechstunde und beim Operieren Dienste tun. Auch bei den verheirateten Schwestern und deren Kindern gab es manches Kranksein. Da mußte Felice einspringen, und sie tat es immer mit frohem Mut [...]*,¹⁸ so berichtet die Familienchronik. Die junge Frau war schon zu einem Haushaltskurs in der Schweiz angemeldet worden, als 1888 kriegsbedrohende Wolken am Himmel aufzogen. Ihre besorgten Eltern wollten sie in dieser Situation nicht ziehen lassen, und so erlernte Felicitas stattdessen in Ludwigsburg in einem Gasthaus das Kochen.¹⁹

Am 28. April 1891 heiratete Felicitas Werner in Markgröningen im Alter von 23 Jahren Dr. Heinrich Zeller.²⁰ Heinrich Zeller, 1863 in

Schöckingen bei Leonberg als Sohn einer Pfarrersfamilie geboren, entstammte der Ärztedynastie einer traditionsreichen, in Württemberg weitverzweigten Familie. Felicitas und Heinrich kannten sich schon von Kindesbeinen an, denn nachdem der Vater von Heinrich Zeller 1874 Rektor des neugegründeten Lehrerinnenseminars in Markgröningen geworden war, freundeten sich die Familien Zeller und Werner miteinander an. So kam der junge Heinrich, der Felicitas' Vater oft begleiten durfte, auf den Arztberuf – und: *Daß bei dem jungen Mediziner Heinrich und Großvater Werners Praxishilfe, der Fräulein Doktor mit dem langen Zopf, wie die Leute sie nannten, auch eine tiefe Zuneigung entstand, wen sollte das wundern?*²¹

Gleich nach der Hochzeitsreise bezog das junge Paar im Mai 1891 ein gemietetes Haus mit Stall und Scheune in der Kronenstraße 25 (heute Eduard-Breuninger-Straße) in Backnang und richtete sich eine Praxis ein. Durch die sich rasch vergrößernde Familie war aber bald ein Umzug nötig, und so kaufte man in der neugebauten Albertstraße ein Haus und zog im November 1895 mitsamt Praxis dort ein.

In seiner Hochzeitstischrede hatte Felicitas' Vater gesagt: *Im Elternhaus wird freilich der Abgang der lieben Felice eine tiefe Lücke hinterlassen. Sie war der Mutter eine feste, treue, fast unentbehrliche Stütze, den Geschwistern eine liebevolle, uneigennützig, stets hilfsbereite Beraterin und Pflegerin, dem Vater ein von Jahr zu Jahr gewandter werdender [...] Assistenzarzt und Samariterin im wahrsten Sinn des Wortes. Wir wissen freilich, daß sie ihrem neuen Heim [...] trefflich vorstehen und ihrem Heinrich eine ebenso treue Gattin sein wird,*

¹⁶ Zu der Person von Felicitas Zeller ist die Quellenlage außerordentlich gut. Daß soviel über sie bekannt ist, liegt nicht nur daran, daß sie in eine traditionsreiche Familie einheiratete, in der lebhaft Familienforschung betrieben wurde (und immer noch wird), sondern auch – was ganz typisch für die Frauenforschung ist –, daß sie vor allem über ihren Mann greifbar ist: Dr. Heinrich Zeller war ein bekannter Arzt in Backnang und zudem der erste und einzige Sanitätsrat der Stadt, so daß sein Lebenswerk Eingang in die Backnanger Arztchronik gefunden hat; vgl. Karlmann Maier: Vom Aderlaß zum Laserstrahl – Chronik der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum am Beispiel des Oberamtes Backnang. Backnang 1993, S. 90-96. Die Geburts- und Sterbedaten in diesem Abschnitt stammen – soweit nicht anders angegeben – von der Einwohnerkarte Felicitas Zellers (StA) sowie aus Karl August Zeller: Die Familie Zeller aus Martinszell. Stuttgart 1974, § 142. Alle übrigen biographischen Daten entstammen der Familienchronik (siehe Anm. 1; dieses 24seitige Büchlein, verfaßt von drei Kindern der Felicitas Zeller, beschreibt den Alltag im Doktorhaus Zeller) und Maier (1993). Zudem gibt es Briefe und Fotografien in Privatbesitz und im Archiv der Werner-Zeller-Stiftung (AWZS) in Leonberg.

¹⁷ Familienchronik (wie Anm. 1), S. 4.

¹⁸ Ebd., S. 5.

¹⁹ Das erfolgte natürlich nicht im Hinblick auf eine Berufsausübung, sondern bildete lediglich einen Teil der Ausbildung dessen, was die bürgerliche Bestimmung jedes Mädchens war: Hausfrau und Mutter. Felicitas Werner bildete da keine Ausnahme. Auf ihrer Einwohnerkarte (StA) ist konsequenterweise auch eingetragen „ohne Beruf“.

²⁰ Dadurch entstand der kuriose und erwähnenswerte Fall, daß vier Töchter aus einer Familie vier Söhne einer anderen Familie geheiratet haben; vgl. 450 Jahre Zeller aus Martinszell – Eine Familie lebt durch die Jahrhunderte. Festschrift hrsg. vom Martinszeller Verband e.V. zum 150. Jahrestag der Zellerstiftung von 1883. Stuttgart 1988, S. 121.

²¹ Familienchronik (wie Anm. 1), S. 6.



Abb. 1: Familie Zeller um 1914; Felicitas Zeller ist die ältere Frau vorne links (rechts neben ihr: die Kinder Eduard und Emma, ihr Ehemann Dr. Heinrich Zeller, Sohn Friedrich; hinten v. l. n. r.: die Kinder Otto, Anna, Eugen, Martha)²⁷

als sie uns eine liebe und treue Tochter und Schwester gewesen ist [...].²²

Diese Erwartung, die das bürgerliche Frauenideal der Zeit darstellte, hat Felicitas Zeller mit Sicherheit erfüllt. Im Laufe ihrer Ehe schenkte sie sieben Kindern das Leben: Anna (geb. 1892), Eugen (geb. 1893), Martha (geb. 1895), Otto (geb. 1898), Friedrich (geb. 1903), Emma (geb. 1907) und Eduard (geb. 1910).

Frau Zeller war aber nicht nur treusorgende Mutter und Gattin, sondern auch Arzthelferin: ihr oblag die Sorge für die Praxis ihres Mannes.²³ Die Niederlassung eines weiteren Arztes war in Backnang dringend nötig gewesen,²⁴ und so hatten Heinrich und Felicitas Zeller von Anfang an alle Hände voll zu tun. Ihre Kinder berichteten später: *Man kann sich heute keine*

Vorstellung mehr davon machen, wie beschwerlich, mühsam und zeitraubend damals so eine ausgedehnte Landpraxis war. Die liebe Mutter hat oft mit Ängsten auf Vaters Rückkehr gewartet.²⁵ Man kann sich sicher auch keine Vorstellung mehr davon machen, was Arztfrauen früher geleistet haben, als es noch keine Arzthelferinnen, Telefone oder Schreibmaschinen in den Praxisräumen gegeben hat.

Den großen Arzthaushalt mit seinem regen Besuchsverkehr zu bewältigen, gelang der Familie Zeller nur mit einer Haushaltshilfe. Ein 1909 erworbenes Auto stellte eine weitere Erleichterung dar.²⁶

Mit 14 Jahren kamen die Töchter Anna und Martha für zwei Jahre nach Straßburg in ein

²² Ebd., S. 8f.

²³ Dr. Zeller war sehr beliebt in Backnang und galt als ein besonnener und aufopfernder Arzt. 1913 wurde ihm als erstem und einzigem Arzt von Backnang für seine besonderen Verdienste als Stadt- und Landarzt der Titel 'Sanitätsrat' verliehen. Dies war ein ärztlicher Ehrentitel, der bis 1918 verdienten Ärzten verliehen wurde; vgl. Maier (wie Anm. 16), S. 91f.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Familienchronik (wie Anm.1), S. 15f.

²⁶ Es war das erste Arztauto von Backnang und überhaupt erst das siebte im Oberamt Backnang; vgl. Maier (wie Anm. 16), S. 92.

²⁷ Foto in Privatbesitz (Dr. Herbert Leube).

Töchterinstitut, die Jungen verließen das Elternhaus für eine höhere Bildung mit etwa zwölf Jahren. Die Kinder berichteten später: *Den auswärtigen Kindern hat Mutter jede Woche geschrieben, mit der immer gleich klaren und sicheren Handschrift.*²⁸

Sohn Otto überlebte den Ersten Weltkrieg, aber Eugen fiel bereits 1914 in Frankreich, was einen schweren Verlust für Felicitas und Heinrich Zeller darstellte. Zu der Trauer kamen die materiellen Nöte und Sorgen der Nachkriegsjahre. In der Inflation verloren auch die Zellers ihr ganzes Vermögen. Hinzu kam, daß sich der gesundheitliche Zustand von Dr. Zeller zunehmend verschlechterte.

*Daß die liebe Mutter bei all diesen Sorgen gefaßt und ruhig bleiben konnte, haben wir immer bewundert. Sie gab damit andern Kraft. Die Kraft hat sie aus ihrem festen Glauben geschöpft. Viele schöne Gesangbuchlieder konnte sie auswendig und konnte uns die Verse sagen. Auch Bilderbücher hat sie auswendig vorgelesen. Den Gottesdienst versäumte sie nie ohne dringende Abhaltung und hat dies auch zur guten Regel gemacht. Doch hat sie uns nie gezwungen, in die Kirche zu gehen. Sie hat die Hauptgedanken der Predigt oft daheim mitgeteilt.*²⁹

Felicitas Zeller war eine sehr gläubige Frau, die das Prinzip der christlichen Nächstenliebe auch lebte: sie war immer für andere da, sie tröstete, stand bei und half, [sie] hatte für alle, ob reich oder arm, ob sympathisch oder unangenehm und ungelegen die gleiche Freundlichkeit und Güte.³⁰ Von Patienten, die ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten, forderte das Ehepaar Zeller das Geld nicht ein, auch (oder gerade) in der Inflationszeit, als sich die Praxis nur mit Mühe und Not über Wasser halten konnte. Frau Zeller, die auch Kirchenge-meinderätin war, war zeitlebens – und damit

lange vor ihrer Wahl in den Gemeinderat – sozial sehr engagiert, z. B. bei der Krankenkostverteilung und beim Roten Kreuz. Für ihre Verdienste in der Kriegsfürsorge erhielt sie 1916 mit dem Charlottenkreuz eine besondere Auszeichnung.³¹

Backnang im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik

Die überwiegend protestantische Oberamtsstadt Backnang³² wandelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einer Klein- zu einer Industriestadt. In der Industrialisierung Backnangs, die etwa Mitte des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte, spielten die Weberei und vor allem die Gerberei, die sich im Laufe der Jahrhunderte entlang der Murr angesiedelt hatte, eine große Rolle.

Schon vor der Zeit des Kaiserreichs war es zur Gründung von größeren Betrieben gekommen, so zum Beispiel bereits 1832 die der Spinnerei J. F. Adolff; in den 1860er Jahren folgten u. a. die Lederfabriken Fritz Häuser, Hodum, Carl Pommer, Louis Schweizer und eine Färberei der Firma Adolff.

Während des Kaiserreichs schafften viele Backnanger Betriebe den Übergang vom Handwerksbetrieb zur Fabrik, aber durch Preisschwankungen und die engere Verknüpfung mit den Weltmärkten gab es – vor allem gegen Ende des 19. Jahrhunderts – auch zahlreiche Konkurse. In der Hauptsache gab es in Backnang neben der Gerberei und der Textilindustrie als wichtigen Industriezweig noch den Maschinenbau. Die Landwirtschaft spielte im Backnanger Wirtschaftsleben keine dominante Rolle; wichtig war die Stadt eher als Viehumschlagplatz und weniger als Erzeugerort.

1871 stellten mehrere Lederfabriken Dampfmaschinen auf, 1874 errichtete Fritz Käss den damals größten Gebäudekomplex in Back-

²⁸ Familienchronik (wie Anm. 1), S. 18.

²⁹ Ebd., S. 16f.

³⁰ Ebd., S. 12.

³¹ Sohn Otto Zeller zit. n. Maier (wie Anm. 16), S. 94. Das Charlottenkreuz – gestiftet 1916 und benannt nach Königin Charlotte – war ein württembergischer Orden für Personen, die sich im Felde oder in der Heimat Verdienste um die Pflege der im Kriege Verwundeten oder auf dem Gebiete der allgemeinen Kriegsfürsorge erworben hatten; vgl. Der große Brockhaus, 3. Bd., Leipzig 1929, S. 740.

³² Der Abschnitt über Backnang im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik bezieht sich im wesentlichen auf: Helmut Bomm; u.a.: Backnanger Stadtchronik. Backnang 1991; ders.: Backnanger Ortsgeschichte in Zahlen und Daten. In: Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang 5, 1987, S. 19-60; Hans H. Breuninger: Gerben in Backnang, in: ebd., S. 103-129; sowie Roland Jeck: Backnang im Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918. In: Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang 6, 1988, S. 140-202.

³³ Vgl. Murrthal-Bote (so der Name der Backnanger Zeitung von 1836 bis 1945) (MB) (3. 11. 1921).

nang. Die voranschreitende Industrialisierung hing eng mit dem Ausbau der vorhandenen Infrastruktur und vor allem mit der Anknüpfung Backnangs an das Eisenbahnnetz zusammen. Zwischen 1876 und 1880 wurden von Backnang aus Bahnlinien nach Waiblingen, Murrhardt, Gaildorf und Bietigheim eröffnet sowie der neue Bahnhof eingeweiht, was vor allem die Lederindustrie weiter ankurbelte. Weitere Firmen wurden gegründet, u. a. die Maschinenfabrik Kälble, die Lederfabrik Karl Häuser, die Firma Louis Breuninger und eine Dampfziegelei. 1889 bezogen die ersten Fabriken elektrischen Strom und die Stadt wurde an das Fernsprechnetzt angeschlossen.

Die Einwohnerzahl Backnangs stieg im Kaiserreich von 4 472 (1870) auf 8 676 (1910). Daß sich die Bevölkerung also nahezu verdoppelte, schlug sich auch im Stadtbild nieder: es gab die erste großflächige Stadterweiterung murrabwärts und größere öffentliche Gebäude entstanden. 1893 wurde eine Frauenarbeitschule eröffnet und 1886 eine Höhere Töchterschule gegründet, die 1896 durch eine Mittelschule ersetzt wurde; außerdem gab es eine Mädchenindustrieschule sowie eine Real- und Lateinschule. Seit 1869 war die Oberamtsstadt Sitz eines Bezirkskrankenhauses.

Im Kaiserreich gab es in Backnang Ortsvereine der üblichen Parteien, das heißt die SPD, die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei (die Vorläuferin der 1918 gegründeten DDP), die rechtsliberale Nationalliberale Partei, die konservative Partei und den Bund der Landwirte. Die Gründung einer Ortsgruppe der katholischen Zentrumspartei erfolgte erst 1921.³³

Im beginnenden 20. Jahrhundert hielt die wirtschaftliche Blüte an: die Stadt wurde wohlhabender, Sanierungsarbeiten machten aus Backnang eine moderne und verkehrsgerechte Stadt, die alten Fabriken wurden erweitert und durch neue modernere Industrieanlagen ersetzt und weitere Arbeitersiedlungen errichtet. 1901 nahm das Gaswerk seinen Betrieb auf, 1904 gründeten die Gewerkschaften einen Spar- und Konsumverein, 1909 erfolgte die Eröffnung eines evangelischen Lehrerseminars und 1912 wurde die Aspacher Brücke für den Verkehr

freigegeben. Vor dem Ersten Weltkrieg war die Baumwollspinnerei Adolff mit etwa 1 000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber.

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg stellte die Gemeinden aufgrund der großen Not, der hohen Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Instabilität vor besonders schwere Aufgaben. Die Lösung der dringlichsten kommunalen Aufgaben übernahmen 1918 in Zusammenarbeit mit den noch amtierenden Schultheißen zunächst die Arbeiter- und Bauernräte, die im Laufe des Novembers/Dezembers 1918 in den Gemeinden gewählt worden waren (in Backnang am 11. November 1918).

1921 wütete nach 1919 bereits zum dritten Mal die Ruhr in der ohnehin von Nahrungsmittelknappheit und anhaltender Teuerung geplagten Stadt.³⁴ Im selben Jahr übernahm die 8 395 Einwohner zählende Gemeinde das Gaswerk und es gab erstmals elektrisches Licht. 1920 folgte der Ausbau des Stromnetzes in der ganzen Stadt.

Im August 1920 – die Stadt befand sich in einer angespannten Situation – riß ein Aktionsausschuß der linken Parteien und Gewerkschaften eine Woche lang die Macht an sich. Die Regierung setzte Truppen gegen die 'Backnanger Sowjetrepublik' ein, aber das Ganze endete ohne Blutvergießen.

Erst nach dem Höhepunkt der Inflation im Spätherbst 1923, von der vor allem Mittelstand und Handwerk betroffen waren, stabilisierte sich die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage auch in Backnang wieder.

Die Gemeinderatswahlen in Backnang 1919

In Backnang fanden die Gemeinderatswahlen am 18. Mai 1919 statt. Es waren 20 Gemeinderäte neu zu wählen, davon zwei aus den Teilgemeinden. Die Amtszeit der Gemeindevorteiler war durch die neue Gemeindeordnung auf sechs Jahre festgelegt worden; je nach drei Jahren hatte die Hälfte auszuscheiden, was für Backnang bedeutete, daß mit dem Ablauf des Jahres 1922 zehn der 1919 gewählten Gemeinderäte ausscheiden mußten. Die Wahl-

³⁴ Vgl. ebd. (18. 10. 1921).

³⁵ Vgl. ebd. (12. 5. 1919). Die Wahlvorschlagslisten – unterzeichnet von den Kandidaten/innen selbst sowie von mindestens 20

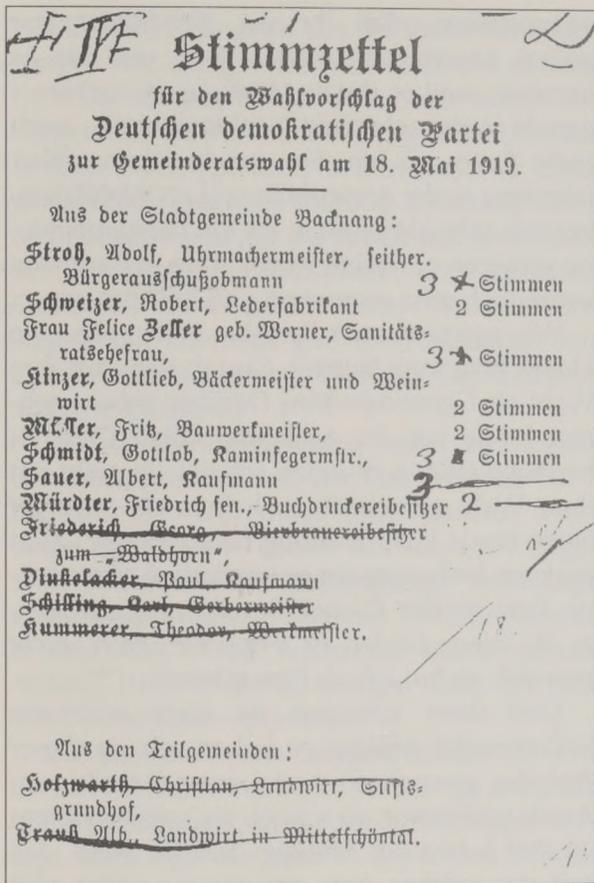


Abb. 2: Stimmzettel der DDP von der Backnanger Gemeinderatswahl 1919³⁹

vorschlagslisten wurden eine Woche vor der Wahl in der Zeitung veröffentlicht.³⁵

Felicitas Zeller war nicht die einzige Frau, die sich um einen Sitz im Gemeinderat bewarb, sondern eine von insgesamt sieben Kandidatinnen. Jede der insgesamt fünf angetretenen Listen konnte mindestens eine Frau vorweisen. Das war für eine Gemeinde dieser Größe recht außergewöhnlich.

Die Sozialdemokratische Partei (SPD) trat mit 20 Kandidatinnen und Kandidaten an, darunter waren zwei Frauen. Unter den je zehn

Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie Backnang (USPD) und des 'Wahlvorschlags der Beamten, Unterbeamten und Privatangestellten' befand sich jeweils eine Frau. Die konservative Liste 'Bürgerpartei und Bauernbund' konnte bei 20 Kandidaten zwei Frauen aufweisen. Die Kandidatin auf der durchaus chancenreichen vierten Position war Frau Nörr, die Ehefrau des Stadtarztes Dr. Nörr, so daß Felicitas Zeller also direkt mit einer anderen Arztfrau konkurrierte. Auf der Liste der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) stand schließlich bei 17 Bewerbern an dritter Stelle *Frau Felice Zeller geb. Werner, Sanitätsratschefrau*³⁶ (siehe auch Abb. 2).

Mit der Bekanntgabe der Wahlvorschläge setzten in der Zeitung vereinzelt Anzeigen der verschiedenen Parteien und Berufs- oder Interessengruppen für bestimmte Kandidatinnen oder Kandidaten und auch für Wählerversammlungen ein.

Die SPD appellierte in einer Anzeige speziell an die Frauen: *Auch die Wählerinnen seien sich ihrer Pflicht bewußt, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, das die Sozialdemokratie nach jahrelangem Kampf für sie errungen hat.*³⁷ Aber auch der Wahlausschuß der Deutsch-demokrat. Partei wandte sich in einem Aufruf an die Wählerschaft zur Gemeinderatswahl! direkt an die weibliche Wählerschaft und hob Frau Zeller hervor:

*Und auch die Frauen sind jetzt zur Mitarbeit berufen, sie dürfen nicht säumen und nicht fehlen an der Wahlurne. Wir schlagen eine Frau vor, welcher die Verhältnisse unserer Stadt aus jahrzehntelanger Berührung mit allen Kreisen wohlbekannt sind, welche die Nöte und Anliegen der Mütter, die Sorgen einer Hausfrau und die vielen Fragen der Erziehung und Heranbildung kennt.*³⁸

Felicitas Zeller errang schließlich mit einem beachtlichen Ergebnis einen Sitz im Backnan-

Personen, die ins Wählerverzeichnis eingetragen waren – mußten bis spätestens zwölf Tage vor der Wahl schriftlich eingereicht werden; d. h. die Wählbarkeit war an einen unterschriebenen Wahlvorschlag gebunden. Zum Wahlmodus: das aktive Wahlrecht durfte ab 20 Jahren, das passive Wahlrecht ab 25 Jahren ausgeübt werden. Nicht-Württemberger/innen waren weder wahlberechtigt noch wählbar. Es wurde nach dem Verhältniswahlrecht gewählt und es bestand die Möglichkeit des Panaschierens (Listenwechsel) und Kumulierens (Stimmenhäufen). Jede/r Wähler/in verfügte über so viele Stimmen wie Sitze zu vergeben waren, es konnten aber pro Kandidat/in nur bis zu drei Stimmen vergeben werden.

³⁶ Vgl. MB (12. 5. 1919). Die DDP, die das liberale Bürgertum vertrat, hatte sich im November 1918 aus einem Zusammenschluß der Fortschrittlichen Volkspartei mit dem linken Flügel der Nationalliberalen Partei gebildet.

³⁷ Ebd. (16. 5. 1919).

³⁸ Ebd.

³⁹ Akten betreffend Gemeinderatswahlen 1919; StA.

⁴⁰ Die Ergebnisse der Gemeinderatswahl (GRW) liegen nur in der Form vor, in der sie am 21. 5. 1919 im Murrthal-Boten veröf-

ger Gemeinderat:⁴⁰ nachdem sie als Dritte auf der DDP-Liste kandidiert hatte, erreichte sie nach Stimmen Platz vier und erhielt den 18. Sitz im Gemeinderat.⁴¹

Die Wahl der ersten Frau in den Backnanger Gemeinderat kommentierte die Zeitung lapidar und ohne eine Wertung so: *In Frau Sanitätsrat Zeller erhält der Gemeinderat die erste und einzige Frau als Mitglied.*⁴²

Zum Abschneiden der anderen sechs Kandidatinnen sei Folgendes erwähnt: fast schon tragisch erging es der USPD-Kandidatin Christine Klenk. Sie landete zwar nur auf dem zehnten und damit letzten Listenplatz ihrer Partei, aber sie hatte immer noch weit mehr Stimmen auf sich vereinigen können, als alle anderen vier Listenersten! Dennoch reichte dieses großartige Ergebnis Christine Klenk aufgrund des Verhältniswahlrechts nicht für einen Platz am Ratstisch – dafür aber allen neun Kandidaten vor ihr.

Im Vergleich mit den sechs übrigen Frauen erzielte Felicitas Zeller also nicht das beste Ergebnis, dafür aber immerhin das zweitbeste. Das drittbeste Ergebnis konnte Frau Nörr, die andere Arztfrau, für sich verbuchen. Von den übrigen vier Frauen landeten drei auf den letzten Plätzen ihrer Listen, eine immerhin in der oberen hinteren Hälfte.

Aber eines war den sieben Kandidatinnen gemeinsam, die bei der Backnanger Gemeinderatswahl 1919 angetreten waren: sie rutschten ausnahmslos alle von ihrem Listenplatz ab, das heißt sie wurden von den Wählerinnen und Wählern nach hinten gewählt.

Warum sich Felicitas Zeller für eine Partei um ein Gemeinderatsmandat bewarb, und wie sie zur DDP kam, ist nicht bekannt, aber ihre Entscheidung war wahrscheinlich weniger politisch als vielmehr sozial motiviert. Bei der Bescheidenheit ihres Charakters ist sehr stark

anzunehmen, daß ihr die Kandidatur von außen angetragen worden war, und sie es annahm, weil es ihr als Möglichkeit erschien – gerade in der schweren Nachkriegszeit – noch mehr Gutes zu tun. Sie war ja schon vorher jahrelang in der Armenhilfe und im Wohlfahrtsbereich sehr aktiv sowie im Kirchengemeinderat vertreten gewesen, weshalb sie in Backnang vermutlich sehr angesehen und bekannt war.

Wie reagierte nun Felicitas Zeller, die eine kleine Frau von hagerer Gestalt war, auf ihre Wahl als Gemeinderätin? Darüber geben mehrere Briefe von ihr Auskunft, wobei Dreierlei ins Auge fällt: zum einen scheint sie nicht mit ihrer Wahl gerechnet zu haben, da an einer Stelle etwas Überraschung herausklingt.⁴³ Zum anderen bedauerte sie es wiederholt, die einzige Frau in der Gemeindevertretung zu sein, z. B. hier: *Leider ist Frau Dr. Nörr nicht gewählt, so bin ich als Frau allein.*⁴⁴

Und dann scheinen sie doch ernsthafte Selbstzweifel geplagt zu haben, ob sie dieser Aufgabe gewachsen war, wie mehrfach zum Ausdruck kommt; so schrieb sie unter anderem an ihre Schwester Antonie: *Seit ich weiß, daß mir ein solches Amt anvertraut werden soll, empfinde ich meine Unzulänglichkeit viel deutlicher. Nun muß es eben mit Gottes Hilfe gehen.*⁴⁵ Und in einem anderen Brief an ihren Sohn Otto heißt es: *Es ist mir recht ernst zu Mut, wenn ich an die Verantwortung denke.*⁴⁶

Aber Frau Zeller hat diesen Selbstzweifeln nicht nachgegeben und sich nach ihrer Wahl der mit dem Gemeinderatsamt verbundenen Verantwortung gestellt.

Der Backnanger Gemeinderat

Von den 20 neugewählten Backnanger Gemeinderäten waren sieben bereits im vorherigen Gemeinderat vertreten gewesen.⁴⁷ Die

fenlicht wurden; ein Exemplar lag den GRW-Akten bei (StA). Felicitas Zeller erreichte mit 1.141 Stimmen das 20. beste Ergebnis der Wahl. Das insgesamt beste Ergebnis erhielt der USPD-Kandidat Wilhelm Erlenbusch (2.337 Stimmen); vgl. Akten betreffend Gemeinderatswahlen 1919; StA.

⁴¹ Damit wurde sie – trotz 20 Sitzen – von den Backnanger Gemeinderäten als Letzte gewählt, denn die Sitze 19 und 20 standen den Kandidaten aus den Teilgemeinden zu.

⁴² MB (21. 5. 1919).

⁴³ In einem Brief von Felicitas Zeller an ihre Geschwister (v. 23. 5. 1919) heißt es: *Habt ihr vielleicht im Merkur gelesen, daß ich nun doch in den Stadtrat gewählt worden bin.* (5 I 63-16) AWZS.

⁴⁴ Brief (v. 21. 6. 1919) an ihre Tochter Martha Zeller; Privatbesitz Dr. Herbert Leube.

⁴⁵ Brief (v. 31. 5. 1919) an ihre Schwester Antonie Zeller; (5 I 63-16) AWZS.

⁴⁶ Brief (v. 25. 5. 1919) an ihren Sohn Otto Zeller; (5 I 27/4) AWZS.

⁴⁷ Da das Gemeinderatsmandat ein Ehrenamt war, bezogen Gemeinderäte für ihre Arbeit kein Gehalt, aber sie hatten Anspruch auf eine Aufwandsentschädigung in Form eines Taggelds für Sitzungen sowie für außerhalb zu besorgende Dienste. Eine finanzielle Entschädigung war speziell für die im Gemeinderat vertretenen Arbeiter überlebenswichtig, da sie die durch die teils wöchentlichen Sitzungen verursachten Lohnausfälle kaum verkraften konnten.

⁴⁸ Die Gemeinderäte Karl Keuler und Robert Krauter traten im Laufe der Sitzungsperiode von der USPD zur Kommunistischen

USPD, die als Siegerin aus der Wahl hervorgegangen war, stellte mit sechs Sitzen die stärkste Fraktion. Insgesamt standen neun linken elf bürgerliche Gemeinderäte gegenüber.⁴⁸ Der Graben zwischen links und rechts war zwar gelegentlich durchaus spürbar, wirkte sich aber nicht blockierend auf die Arbeit des Gremiums aus. So war die Atmosphäre, vom üblichen Geplänkel und persönlichen Animositäten abgesehen, durchaus gut, die Fluktuation mit zwei Wechseln gering, und der Gemeinderat arbeitete effizient.

Der Gemeindevertretung stand zu Beginn des Sitzungszeitraums, der vom 6. Juni 1919 bis zum 29. Dezember 1922 dauerte, Hermann Eckstein vor. Dieser war seit 1901 angesehener Schultheiß von Backnang.⁴⁹ Allerdings erkrankte Eckstein im Sommer 1919 und konnte sein Amt – mit Ausnahme eines Monats Anfang 1920 – bis zu seinem Tode im Juni 1921 nicht mehr versehen.⁵⁰

Die Gemeinderatssitzungen fanden alle ein bis zwei Wochen statt, also im Schnitt zwei- bis dreimal im Monat, und zwar in der Regel freitags, nach dem Amtsantritt des neuen Schultheißen Dr. Rienhardt donnerstags. Unter dem Vorsitz des gelernten Verwaltungsfachmanns änderte sich so manches im Backnanger Gemeinderat, z. B. wurde die Geschäftsordnung stärker eingehalten und die Protokolle wurden sehr viel korrekter und präziser geführt. Woran aber auch ein Dr. Rienhardt nichts ändern konnte, war die schlechte Sitzungsmoral: oft waren von den 20 Amtsträgern nur elf bis 14 anwesend, was schon seinen Vorgänger schließlich dazu veranlaßt hatte, eine regelmäßige Teilnahme anzumahnen⁵¹ – genützt hatte es allerdings nichts.⁵²

Die neugewählte Backnanger Gemeindevertretung hatte in den drei folgenden Jahren mit denselben großen Problemen wie alle Gemein-



Abb. 3: Felicitas Zeller (1927).⁵⁴

den des Reichs zu kämpfen: mit der Umstellung von der Kriegs- auf Friedenswirtschaft, der Arbeitsbeschaffung für heimkehrende Soldaten und Notstandsarbeiter, der Fürsorge für Arbeitslose und Kriegsbeschädigte, durch die andauernde alliierte Seeblockade mit der Versorgung und Verteilung von rationierten Lebensmitteln,⁵³ mit dem Mangel an praktisch allem (Nahrungsmittel, Wasser, Kohle, Gas usw.), und vor allem mit einem: mit der drückenden Wohnungsnot. So war das Kommunalparlament besonders mit Fragen des Wohnungsbaus und

Partei (KP) über; vgl. Gemeinderatsprotokoll (GRP) (21. 1. 1921), S. 614; StA.

⁴⁹ Erst 1930 wurde die heute übliche Bezeichnung 'Bürgermeister' für den Schultheißen eingeführt.

⁵⁰ Bis zum Amtsantritt des neugewählten Schultheißen Dr. Albert Rienhardt am 2. 9. 1921 wurde Eckstein durch den allgemein respektierten und um Neutralität bemühten Fraktionsvorsitzenden der USPD, Wilhelm Erlenbusch, vertreten.

⁵¹ Vgl. GRP (26. 11. 1920), S. 568; StA.

⁵² Einmal war der Gemeinderat sogar beschlußunfähig, so daß die Sitzung erst beginnen konnte, nachdem zwei Gemeinderäte auf einen Anruf hin erschienen waren; vgl. ebd. (2. 6. 1922), S. 254.

⁵³ Lebensmittel waren in der Nachkriegszeit knapp, so daß sie zwangsbewirtschaftet werden mußten, d. h. freier Handel mit Lebensmitteln und vielen anderen Waren war untersagt (In Backnang z. B. durfte Milch zeitweise nicht einmal verschenkt werden; vgl. MB (2. 7. 1919)). Einer Gemeinde wurden Nahrungsmittel zum Verkauf zugeteilt bzw. sie verkaufte selbsterwirtschaftete Güter zu einem festgesetzten Preis an die Bevölkerung bzw. gegen Lebensmittelkarten. Die Preisfestsetzung war zwar Sache der Landesversorgungsstelle, aber eine Gemeinde war berechtigt, die Preise zu senken. Die Zwangsbewirtschaftung wurde nach und nach, vollständig aber erst bis 1923 aufgehoben.

⁵⁴ Foto; (5 III 67/4) AWZS.

⁵⁵ GRP (6. 6. 1919), S.1; StA.

mit neuen Bauvorhaben beschäftigt, was durch den Mangel an Eigenkapital und an Baumaterialien stark erschwert wurde.

Ab 1920 kamen als weitere Probleme noch die ständig steigende Inflation sowie wachsende Arbeitslosenzahlen dazu. Die Gemeinderäte mußten sich ab 1922 in immer kürzeren Abständen mit der Bewilligung von Teuerungszulagen für städtische Angestellte beschäftigen.

Die Gemeinderätin Felicitas Zeller

Zum Zeitpunkt ihres Eintritts in den Backnanger Gemeinderat im Juni 1919 war Felicitas Zeller 51 Jahre alt. Vier erwachsene Kinder waren schon aus dem Haus, aber sie hatte außer der Arztpraxis noch Mann und zwei Kinder mit neun und zwölf Jahren zu versorgen.

In der ersten Sitzung begrüßte Stadtschultheiß Eckstein neben den neu- und wiedergewählten Herren *namentlich aber Frau Felice Zeller als erste und einzige Frau in der Versammlung*.⁵⁵ Schon in der Wahlwerbung war Felicitas Zeller ja als Frauenvertreterin hervorgehoben worden. Daß man sie nicht nur von außen als Vertreterin ihres Geschlechts betrachtete – auch in der Zeitung wurde sie später ausdrücklich als *Vertreterin der Frauen*⁵⁶ bezeichnet –, sondern, daß sie sich auch selbst so auffaßte, wird in ihrer 1921 gehaltenen Begrüßungsansprache bei der Amtseinsetzung des neuen Stadtschultheißen Dr. Rienhardt deutlich: *Als einzige Frau im Gemeinderat möchte ich namens der Backnanger Frauen Herrn Dr. R. herzlich willkommen heißen*.⁵⁷

Aus einer überlieferten Sitzordnung geht hervor, daß Frau Zeller – obwohl sonst fast alle Mitglieder fraktionsweise saßen – in der hufförmigen Sitzordnung zwischen zwei Gemeinderäten von 'Bürgerpartei und Bauernbund' saß, nämlich zwischen dem Fabrikanten Eugen Adolff und dem Landwirt Wilhelm Dautel. Ihre drei Kollegen von der DDP, von denen sie durch vier Sitze getrennt war, saßen an der Stirnseite der Anordnung.⁵⁸

Da Felicitas Zeller schon lange Jahre in der Wohlfahrt aktiv war, galten ihre Hauptarbeit und ihr Hauptinteresse im Backnanger Gemeinderat fast ausschließlich sozialen Angelegenheiten, wie sie es auch selbst in eben erwähnter Begrüßungsansprache zum Ausdruck brachte: *Namentlich auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege bitte ich ihn um seine Unterstützung, denn es gilt, viel Not zu lindern*.⁵⁹ Das gab es in der Tat, und so hatte sie im Armenausschuß mit der Verteilung von Lebensmitteln und der Unterstützung Bedürftiger immer sehr viel Arbeit.⁶⁰

Einmal beschäftigte sich der Gemeinderat mit der Frage der Anstellung einer Privatschwester zur Bekämpfung der Lungentuberkulose sowie einer Säuglingspflegerin. Nur eine Schwester aus Kostengründen für beide Aufgaben einzustellen, erschien wegen der Infektionsgefahr für die Säuglinge zu gefährlich. In diese Diskussion schaltete sich *Frau GR. Zeller* ein und schlug vor, *für die Tuberkulosebekämpfung eine Bezirksfürsorgerin anzustellen, ebenso wie für die Jugendfürsorge. Sie glaubt, dass es nicht Sache der Tuberkuloseschwester sein werde, Schwerkranke zu pflegen, was an mehreren Orten zugleich gar nicht möglich wäre, sondern dass ihre Aufgabe eine fürsorgende und beratende sein werde, namentlich zu Gunsten Kranker im Anfangsstadium*.⁶¹

Schließlich wurde die Angelegenheit an den Armenausschuß des Gemeinderats weiterverwiesen, in dem die Gemeinderätin ja auch selbst tätig war. Außerdem wurde Frau Zeller, nachdem sie sich so mit Sachverstand eingebracht hatte, angetragen, ein Gutachten auszuarbeiten. Zwei Monate später wurde im Gemeinderat dann die Anstellung einer Privatschwester als TBC-Schwester und Säuglingsfürsorgerin in einem beschlossen⁶² – ob auf ihre Empfehlung hin oder nicht, ist unbekannt.

Neben dem Armenausschuß war Frau Zeller auch in einem Ausschuß vertreten, der Brennholz an Minderbemittelte verteilen sollte.⁶³

⁵⁶ MB (3. 9. 1921).

⁵⁷ GRP (2. 9. 1921), o. S.; StA.

⁵⁸ Vgl. Sitzordnung des Gemeinderats, in: Akten betreffend Gemeinderatswahlen 1919; StA.

⁵⁹ GRP (2. 9. 1921), o.S.; StA.

⁶⁰ Vgl. Maier (wie Anm. 16), S. 94. Felicitas Zeller war im Juni 1919 in den Armenausschuß berufen worden; vgl. GRP (13. 6. 1919), S. 24; StA.

⁶¹ GRP (7. 10. 1921), S. 1012f.; StA.

⁶² Vgl. ebd. (1. 12. 1921), S. 1124.

⁶³ Vgl. ebd. (23. 3. 1922), S. 135.

⁶⁴ Vgl. ebd. (13. 6. 1919), S. 21ff. Dem Ortsschulrat oblag die örtliche Aufsicht über die Volksschule auf dem Gebiet der Schul-

Weiterhin engagierte sich Felicitas Zeller auch im evangelischen Ortsschulrat, in den sie 1919 in geheimer Abstimmung mit hoher Stimmzahl gewählt worden war.⁶⁴ Drei Jahre später wurde sie bei der Neuwahl des Ortsschulrats erneut in dieses Gremium gewählt – dieses Mal mit der höchsten Stimmenzahl und den Stimmen aller Anwesenden.⁶⁵ So weiß die Familienchronik nicht nur von endlosen Sitzungen im Armen-, sondern auch im Schulausschuß zu berichten.⁶⁶

Im Gemeinderat setzte sie sich einmal mit ihrem Kollegen, dem Lehrer Johannes Kuhn von der Vereinigung 'Bürgerpartei und Bauernbund', als einziger für einen Antrag auf Klassen- teilung ein.⁶⁷

Ein andermal engagierte sie sich parteiübergreifend mit Karl Keuler von der USPD, der ebenfalls im Ortsschulrat saß, in folgender Angelegenheit: aufgrund der 1921 eingeführten Lernmittelfreiheit weigerten sich in der dortigen Volksschule viele Eltern, für ihre Kinder die nötigen Lernmittel anzuschaffen, was den Unterrichtsverlauf stark behinderte.⁶⁸ Der Gemeinderat hatte schon einmal 500 Mark zur Anschaffung von Lernmitteln bewilligt, was aber nicht genug gewesen war. Nach einer sich anschließenden Debatte stellte Herr Kuhn einen Antrag auf Erhöhung der Summe auf 1 000 Mark. Diesen Betrag hielten die Gemeinderäte Keuler und Zeller jedoch für zu niedrig und plädierten für eine höhere Summe. Dementsprechend wurde beschlossen, die Summe auf 2 000 Mark zu erhöhen.

Als es im Juni 1922 um die Einrichtung einer ständigen Lehrerstelle an der Grundschule ging, nahm Felicitas Zeller die Interessen von Frauen sehr direkt wahr: *Von Frau GR. Zeller wird darauf hingewiesen, dass nach einem früheren Beschluß des Gemeinderats diesmal eine Lehrerin berücksichtigt werden sollte.*⁶⁹ Daß sie sich damit sofort durchsetzte und die Anstellung einer Frau ohne Diskussion einstim-

mig beschlossen wurde, hatte weniger mit der fortschrittlichen Gesinnung ihrer Kollegen zu tun, sondern vielmehr einen ganz banalen Grund: in Backnang herrschte, wie bereits erwähnt, großer Mangel an Wohnungen, ganz besonders aber an Familienwohnungen, und Lehrerinnen war es – im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen – verboten zu heiraten ...

Im Grunde hatte fast alles, wofür sich Felicitas Zeller im Backnanger Gemeinderat einsetzte – nicht immer mit Erfolg –, mit Wohlfahrt und Fürsorge zu tun. Wenn das auch auf den ersten Blick nicht immer so aussieht, dann doch auf den zweiten. Als es z. B. in einem Disput um Bauzuschüsse ging, unterstützte Felicitas Zeller den Antrag zweier Familien auf Nachzahlung von Zuschüssen, und forderte, die Angelegenheit noch einmal an einen Ausschuß zu überweisen. Ihre Anregung fand allerdings keine Unterstützung und der Antrag wurde abgelehnt.⁷⁰

Ein weiteres Beispiel: in einer Sitzung kam es zu einer ausgedehnten Diskussion deren Gegenstand ein von den bürgerlichen Gemeinderäten Stroh, Breuninger, Adolff, Schmidt, Walz, Kuhn und Zeller schon in der vorigen Sitzung eingebrachter Antrag auf Schaffung einer Technischen Nothilfe für das städtische Gaswerk war.⁷¹ Hintergrund dieses Antrags waren neuerliche Streiks, von denen auch das Gaswerk betroffen gewesen war. Die Schaffung einer Technischen Nothilfe sollte gewährleisten, daß die Bevölkerung auch während eines Streiks mit Gas versorgt war. So war z. B. in Heilbronn eine Frau gestorben, da sie nicht hatte operiert werden können. Auch Felicitas Zeller, die sich um das Wohl der Patientinnen und Patienten sorgte, schaltete sich in die Diskussion ein, indem sie *die Erwartung aus[sprach], dass der Vorsitzende den Antrag der bürgerlichen Parteien unterstützen werde; beim letzten Streik sei durch die verhinderte Gaszufuhr der Betrieb des Bezirkskrankenhau-*

pflage; darüberhinaus trug er Sorge für die Durchführung der Volksschulgesetze und für die Führung des Haushalts der örtlichen Schulkasse. Der Ortsschulrat setzte sich aus dem Ortsvorsteher, Pfarrer, Schularzt, Lehrern und Vertretern des GR zusammen. Württemberg ließ übrigens mit dem Volksschulgesetz vom 1. April 1910 als erstes Land in Deutschland Frauen als Mitglieder des Ortsschulrats zu; vgl. Hochreuther (wie Anm. 3), S. 39.

⁶⁵ Vgl. GRP (13. 7. 1922), S. 330f.; StA.

⁶⁶ Vgl. Familienchronik (wie Anm. 1), S. 20.

⁶⁷ GRP (24. 10. 1919), S. 166; StA.

⁶⁸ Vgl. ebd. (15. 7. 1920), S. 399.

⁶⁹ Ebd. (7. 6. 1922), S. 264f.

⁷⁰ Vgl. ebd. (20. 4. 1922), S. 167.

⁷¹ Vgl. ebd. (15. 10. 1920), S. 515.

⁷² Ebd. (28. 10. 1920), S. 519.

ses empfindlich gestört worden [...]; in Zukunft sollte sich dies nicht wiederholen.⁷²

Der Antrag wurde dann aber nach besänftigenden Worten des Vorsitzenden doch wieder zurückgenommen.

Auch an der Bekämpfung der Wohnungsnot beteiligte sich die Gemeinderätin aktiv und machte das Gremium darauf aufmerksam, daß sich im Dachstock eines Gebäudes in der oberen Marktstraße eine Wohnung einrichten ließe.⁷³ Ihr Vorschlag wurde aufgenommen und ließ sich tatsächlich umsetzen, denn schon in der nächsten Sitzung wurde auf Antrag der Bau- und Wohnungskommission der Einbau einer Vier-Zimmer-Wohnung in das Gebäude beschlossen.⁷⁴

Aber Frau Zeller war nicht nur der 'gute Engel' des Gemeinderats. Sie war z. B. in zwei Kommissionen vertreten, die den Gemeinderat ganz direkt betrafen: einmal, als Gemeinderat Kinzer von der DDP im August 1920 wegen wiederholter Mißachtungen der Amtsverschwiegenheit durch einige Gemeinderäte seinen Austritt erklärte. Frau Zeller konnte Herrn Kinzer zusammen mit Kollegen aus ihrer Fraktion und dem Amtsverweser Erlenbusch erfolgreich dazu überreden, sein Mandat zu behalten.⁷⁵

Und noch ein weiteres Mal ging es um eine Angelegenheit, in der es galt, diplomatisch vorzugehen: Stadtschultheiß Eckstein hatte sein Amt – wie oben erwähnt – wegen Krankheit seit Sommer 1919 nicht mehr ausüben können. Dieser Zustand war für die Gemeinde auf lange Sicht nicht tragbar, und so sollte Anfang 1921 eine Kommission gebildet werden, *welcher in erster Linie die Aufgabe zufiele, den Erkrankten zum freiwilligen Rücktritt zu veranlassen, andernfalls Amtsenthebung [...] in Frage käme.*⁷⁶ Diese delikate Aufgabe übernahmen schließlich der Amtsverweser Erlenbusch, Stadtpfleger Friedrich und neben dem Gemeinderat Breuninger auch Frau Zeller. Die Mission endete erfolgreich: einen Monat später suchte Stadt-

schultheiß Eckstein um seine Versetzung in den Ruhestand nach.⁷⁷

Damit war das Thema Eckstein im Gemeinderat aber noch nicht erledigt: zwei Monate später, im Mai 1921, entsponn sich nach einem Antrag auf Verleihung der Ehrenbürgerschaft für Eckstein eine längere Diskussion über das Für und Wider, an der sich auch Frau Zeller beteiligte. Die Linke äußerte Bedenken, nicht wegen Ecksteins Person an sich, sondern prinzipiell wegen der Ehrenbürgerschaft, es tue ja jeder nur seine Pflicht. Die bürgerliche Seite hingegen war dafür, so auch Felicitas Zeller, die den Antrag befürwortete, weil Eckstein ja nicht nur Geld, sondern auch seine ganze Kraft und Gesundheit geopfert habe.⁷⁸ Der Antrag wurde schließlich auch angenommen.

Ich nehme die Verantwortung nicht leicht, so hatte Felicitas Zeller 1919 in einem Brief über ihr neues Amt geschrieben.⁷⁹ Und das hat sie in der Tat nicht. Daß sie es im Gegenteil mit sehr großem Verantwortungsgefühl wahrgenommen hat, belegt allein die Tatsache, daß sie innerhalb des ganzen Sitzungszeitraumes nur sechs Mal gefehlt hat (im Jahr 1922 sogar kein einziges Mal), was bei der vergleichsweise schlechten Sitzungsmoral ihrer Kollegen absolut vorbildlich war.⁸⁰

Felicitas Zeller war eine Frau, die als hingebungsvolle und aufopfernde Ehefrau und Mutter nicht nur das Ideal einer bürgerlichen Frau in jeder Hinsicht verkörperte, sondern auch das zeitgenössische Ideal einer politisch aktiven Frau: sie war ganz selbstlose Helferin und Schützerin des Lebens, gläubig, bescheiden, geduldig, pflichtbewußt und zurückhaltend. Und so hat sie sich als 'guter Engel' im Gemeinderat der Wohlfahrtspflege gewidmet und damit unzähligen Menschen geholfen.

Felicitas Zeller war also kein zierender Beirat des Backnanger Gemeinderats, sie hatte Anregungen und Ideen, sie diskutierte und mischte mit, man vertraute ihr in delikaten Angelegenheiten und sie engagierte sich.

⁷² Vgl. ebd. (25. 3. 1920), S. 307f.

⁷⁴ Vgl. ebd. (16. 4. 1920), S. 325.

⁷⁵ Vgl. ebd. (20. 8. 1920), S. 444f.

⁷⁶ Ebd. (18. 2. 1921), S. 664f.

⁷⁷ Vgl. ebd. (17. 3. 1921), S. 678.

⁷⁸ Vgl. ebd. (17. 5. 1921), S. 771f. In dieser Diskussion meldete sich Frau Zeller noch einmal zu Wort, was aber nicht protokolliert wurde.

⁷⁹ Brief (v. 23. 5. 1919) an ihre Geschwister; (5 I 63-16) AWZS.

⁸⁰ Die Hälfte ihrer männlichen Kollegen brachte es bei 101 Sitzungen auf eine Abwesenheit von mehr als 20 Mal. 'Glanztlichter' darunter waren der Fabrikant Eugen Adolff (45 Mal), der Zimmermann Karl Lang (58 Mal) und allen voran der Landwirt Wilhelm Dautel mit 62 Mal.

⁸¹ Vgl. z. B. MB (17. 12. 1925).

Die Leistung von Felicitas Zeller, daß sie es neben ihrer Mehrfachbelastung (Hausarbeit, Familie, 'Beruf') noch geschafft hat, sich so stark in der sozialen Fürsorge, im Kirchengemeinderat, im wohlthätig aktiven Backnanger Frauenverein⁸¹ und eben auch im Gemeinderat zu engagieren, kann nicht hoch genug bewertet werden.

Letztendlich war Felicitas Zeller die Belastung wohl auch zu groß, denn für die am 10. Dezember 1922 stattfindende Neuwahl der Hälfte des Backnanger Gemeinderats ließ sie sich nicht wieder als Kandidatin aufstellen. Ihre Chancen auf Wiederwahl wären sicher sehr gut gewesen; warum sie nicht wieder kandidierte, bleibt ungewiß.

Zuviel waren Frau Zeller vermutlich auch nur die regelmäßigen Vollsitzungen des Gemeinderats, denn sie setzte ihre ehrenamtlich Arbeit auch ohne Mandat und ohne den Titel einer Gemeinderätin fort: sie wurde im folgenden Sitzungszeitraum als Vertreterin der Einwohnerschaft sowohl in den Fürsorgeausschuß als auch in den Frauenarbeitsschulrat des Gemeinderats gewählt.⁸²

Die mittlerweile 55 Jahre alte Frau trat also nicht mehr zur Wahl an, und während 1919 noch sieben Frauen kandidiert hatten, so war es 1922 nur noch eine einzige: Emma Weiß von der Kommunistischen Partei (KP) – allerdings erfolglos.⁸³ Der Wahlkampf verlief lau, erst einen Tag vor der Wahl erschienen Anzeigen in der Zeitung, und um die weibliche Wählerschaft wurde schon gar nicht mehr besonders geworben.

Bei den Kommunalwahlen 1925 trat schließlich keine einzige Frau mehr an. 1928 waren es zwar wieder zwei, die jedoch völlig chancenlos waren und auf den hintersten Plätzen landeten.⁸⁴

1931, bei den letzten freien Gemeinderatswahlen vor dem Dritten Reich, ergab sich ein merkwürdiger Fall: die einzige Kandidatin, die Fabrikarbeiterin Marie Mähler, die für die KP antrat, schnitt hervorragend ab, überflügelte

sogar den Führer der Backnanger KP Hopfensitz und erreichte bei weitem die meisten Stimmen – jedoch: sie erhielt keinen der beiden Sitze, die der Partei zustanden.⁸⁵ Weder die Gemeinderatswahlakten noch die Zeitung geben Aufschluß darüber, was passiert war. Da Marie Mähler weder aus Backnang weggezogen noch gestorben war, kommt eigentlich nur ein (un-)freiwilliger Verzicht in Frage.

Nachdem also auch Marie Mähler 1931 gescheitert war, sollte es nach 1919 fast ein halbes Jahrhundert dauern, bis wieder eine Frau im Backnanger Gemeinderat vertreten war. Zwar traten in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bei allen Gemeinderatswahlen Frauen an, aber erst 1968 endete dies auch erfolgreich – und zwar gleich dreifach – für Ruth Schmidt-Brücken, Luise Rettenmaier (beide CDU) und Karin Gruber (SPD).⁸⁶

Im November 1927, fünf Jahre nach ihrem Rückzug aus der Kommunalpolitik starb Felicitas Zellers Ehemann Dr. Heinrich Zeller. Sohn Friedrich, der gerade sein Medizinstudium beendet hatte, übernahm die Praxis: *Nun war die liebe Mutter [Felicitas Zeller] zum drittenmal Arztfrau und Gehilfin mit vollem Einsatz.*⁸⁷ Als Dr. Friedrich Zeller 1933 heiratete, überließ ihm seine Mutter das Doktorhaus und zog in eine kleinere Wohnung in der Nachbarschaft in die Albertstraße.

Felicitas Zeller überlebte im letzten Kriegswinter 1944/45 eine Blinddarm- und eine Lungenentzündung, aber die Nachricht vom Tode ihres Sohnes Friedrich, der 1946 als Lagerarzt im Kaukasus gestorben war, verkräftete sie nicht mehr. Wenige Wochen nach Erhalt dieser Nachricht starb Felicitas Zeller, die erste Gemeinderätin von Backnang, am 21. Januar 1947 in Backnang in ihrem 80. Lebensjahr.

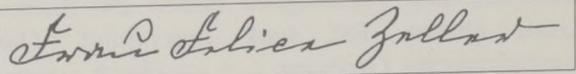


Abb. 4: Unterschrift von Felicitas Zeller⁸⁸

⁸² Vgl. GRP (8. 2. 1923), S. 604 und ebd. (18. 10. 1923), S. 896f.; StA.

⁸³ Zum Ergebnis der GRW 1922 vgl. MB (12. 12. 1922).

⁸⁴ Vgl. ebd. (9. 12. 1925) und ebd. (11. 12. 1928). Als Randnotiz: 1931 kommentierte der Murrthal-Bote das schlechte Abschneiden einer eigenen Frauenliste bei den GRW in Stuttgart so: *die Frauen sollten die Lehre ziehen, daß es klüger ist, sich von den Männern führen zu lassen, als eigene Wege gehen zu wollen.* Ebd. (6. 12. 1931).

⁸⁵ Vgl. Akten betreffend Gemeinderatswahlen 1931; StA.

⁸⁶ Vgl. Ergebnis der Gemeinderatswahlen vom 20. 10. 1968, in: Backnanger Kreiszeitung (21. 10. 1968):

⁸⁷ Familienchronik (wie Anm. 1), S. 22.

⁸⁸ Unterschrift von Felicitas Zeller aus der Zustimmungserklärung zur GRW-Kandidatur, in: Akten betreffend Gemeinderatswahlen 1919; StA.